

KURZ UND PRÄGNANT

Tag der Befreiung

Scharf kritisierte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und der Thüringer Linkspartei, Susanne Hennig-Wellsow, den Versuch des Thüringer Landtagspräsidenten, Christian Carius (CDU), den 8. Mai geschichtspolitisch umzudeuten: „Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, der Befreiung von der NS-Herrschaft. Der Sieg der Alliierten bedeutete das Ende des schlimmsten Menschheitsverbrechens, das Ende der Shoah und des Massensmords an Oppositionellen, Roma und Sinti, Homosexuellen und sogenannten Asozialen. Der 8. Mai war die Befreiung der Überlebenden von Verfolgung und Widerstand. Dem Sieg der Alliierten verdanken wir aber auch die Grundlagen unseres heutigen Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt.“

Wer nun den 8. Mai nicht als Tag der Befreiung, sondern als 70. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges feiern will, versuche sich in Geschichtsumdeutung. „Damit fällt der CDU-Politiker Carius weit hinter den Stand der geschichtspolitischen Debatte zurück. 1985 hatte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu Recht erklärt, dass der 8. Mai eine Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Thüringer Landtag eine Gedenkveranstaltung zum 8. Mai durchführt.“ ■

Zulagen jetzt verboten

„Nun ist für jede und jeden im Abgeordnetengesetz nachlesbar, dass die Zahlung von Funktionszulagen aus Fraktionsmitteln unzulässig ist. Das Verbot der Bildung von finanziellen Abgeordnetenhierarchien, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus dem Jahr 2000 zum Thüringer Abgeordnetengesetz feststellt, lässt keine andere Regelung zu. Mit diesem Gesetz von Rot-Rot-Grün wird eine langjährige PDS- bzw. LINKE-Forderung nun geltendes Recht“, so LINKE-Abgeordneter Knut Korschewsky. Das am 25. März beschlossene Gesetz trägt auch dazu bei, das durch das Selbstbedienungsverhalten der CDU-Fraktion beschädigte Ansehen des Gesamtparlaments wiederherzustellen. Allerdings müsse nun auch das zweckwidrig verwendete Geld von der CDU-Fraktion offengelegt und an den Landeshaushalt zurückerstattet werden. Zudem weist der Abgeordnete auf die geplante umfassende Reform des Abgeordnetenrechts hin, die ebenfalls einer langjährigen LINKE-Forderung entspricht, mit der aber die Fraktion z.B. im Jahr 2006 an der Landtagsmehrheit gescheitert war. ■

Ausgewogen, vernünftig und sehr zeitgemäß

Der LINKE Bildungspolitiker Torsten Wolf zum Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz

Das jetzt in erster Beratung im Thüringer Landtag debattierte „Gesetz, das bezahlten Bildungsurlaub für Beschäftigte regelt, ist ein Meilenstein für die Weiterentwicklung des lebenslangen Lernens“, so Torsten Wolf, Bildungspolitiker der Linksfraktion.

DIE LINKE, SPD, GRÜNE haben gemeinsam mit Gewerkschaften, Volkshochschulen und vielen anderen Bildungsinitiativen einen gesetzlich geregelten Bildungsurlaub gefordert. Dementgegen hat die Thüringer CDU in den letzten Jahren solche Initiativen blockiert. Der Abgeordnete wies Bedenken als „komplett unbegründet“ zurück, wonach ein Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen einschränke.

Die tatsächlichen Zahlen belegten, dass in einem Betrieb mit z.B. 30 Beschäftigten die durch das Gesetz tangierte Jahresbruttolohn-Summe des Unternehmens bei 0,07 Prozent und die Jahreswochen-Arbeitszeit bei 0,06 Prozent liegt.

„Rot-Rot-Grün legt einen Gesetzentwurf vor, der ausgewogen, vernünftig und zeitgemäß ist“, unterstrich Torsten Wolf mit Verweis darauf, dass man sich bei der Auswahl der Betriebsgrößen an zwei bewährten Gesetzen – dem Kündigungsschutzgesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz – orientiert hat. „Das rot-rot-grüne Bildungsfreistellungsgesetz wird den Thüringer Arbeitsmarkt modernisieren. Wir werden mit diesem Gesetz 92 Prozent der Be-

schäftigten in Thüringen ermöglichen, ihre Bildungsinteressen wahrzunehmen. Damit wird den Beschäftigten entscheidender Freiraum für arbeitsweltbezogene Bildung, für politische Bildung und die Erweiterung der Kenntnisse für die Ausübung eines Ehrenamtes gegeben.“



Aus dem Plenarprotokoll zitiert

In seiner Rede im Thüringer Landtag am 26. März zum Bildungsfreistellungsgesetz hatte sich Torsten Wolf zunächst an seinen Vorredner von der CDU-Fraktion, den Abgeordneten Christian Tischner gewandt und gesagt:

„Sehr geehrter Herr Tischner, es ist ja nun bekannt und nichts Neues, dass man mit Blick auf denselben Sachver-

halt von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgeht. Wirtschaft ist in Thüringen maßgeblich geprägt durch Mittelständler, maßgeblich geprägt durch einen intensiven Austausch, durch ein gutes Miteinander von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Unternehmen.“

Es ist eben nicht so, dass der Bildungsfreistellungsanspruch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegen die Unternehmen ausgesprochen wird, sondern dass es eine Erweiterung ist, eine Fortentwicklung. Sie haben gesagt, hier wird durch die Hintertür der Sozialismus eingeführt, da müssten wir ja in 12 Bundesländern Sozialismus ...

(Zwischenruf Astrid Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 13!)

– Baden-Württemberg dann entsprechend auch. Also, das ist eine interessante These, die Sie da vertreten, dass die Bundesrepublik Deutschland dem Sozialismus anheim gefallen ist.

(Katharina König, DIE LINKE: Den Sozialismus in seinem Lauf...)

Ich denke, wir werden im weiteren Verfahren und in weiteren Diskussionen feststellen können, dass gerade mit der Bildungsfreistellung, mit der Modernisierung des Arbeitsmarkts über Bildungsfreistellung eine Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft passiert und nicht ein Stillstand, nicht eine Rückentwicklung.“

„Unter den Bedingungen lebenslangen Lernens“

Torsten Wolf ging u.a. auf Vorhaltungen ein, dass durch ein solches Gesetz Kosten entstünden, die den Arbeitgebern nicht überantwortet werden könnten. Der Bildungspolitiker der Linksfraktion verwies in diesem Zusammenhang auf das Bundesverfassungsgericht, das sich abschließend 1987 dazu geäußert hatte: „Es wurde festgestellt, dass es im Sinne des Gemeinwohls und auch vom Betrieb bezahlt werden muss, wenn Betriebe ihre Beschäftigten zu beruflicher, gesellschaftlicher und politischer Weiterbildung bezahlt freistellen.“

Dazu habe das Bundesverfassungsgericht argumentiert: „Unter den Bedingungen des fortwährenden und sich beschleunigenden technischen und sozialen Wandels wird lebenslanges Lernen zur Voraussetzung individueller Selbstbehauptung. Dem Einzelnen hilft die Weiterbildung, die Folgen des Wandels beruflich und sozial besser zu bewältigen. Wirtschaft und Gesellschaft erhält sie die erforderliche Flexibilität, sich auf veränderte Lagen einzustellen.“

Torsten Wolf: „Das sagt das Bundesverfassungsgericht und das sagt nicht der DGB-Bundesvorstand. Ich möchte das hier auch noch mal betonen.“ ■

Rot-Rot-Grün setzt Rahmen für Hochschulfinanzierung in Thüringen

Mit dem Beschluss des Antrags „Thüringer Hochschulen stärken: Qualität der Lehre verbessern, Gute Arbeit für alle Beschäftigten sicherstellen“ hat die Koalition die Weichen für die Aushandlung der Rahmenvereinbarung IV zwischen Landesregierung und den Thüringer Hochschulen gestellt.

Dazu erklärte Christian Schaft, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Die Koalition steht klar an der Seite der Hochschulen sowie zu einer langfristigen und sicheren Finanzzusage und verbindet dies mit klaren Impulsen für eine gesteigerte Qualität der Lehre, Gleichstellung, Familienfreundlichkeit, Nachhaltigkeit und Gute Arbeit auch an den Hochschulen. Mit dem Auslaufen der Rahmenvereinbarung III in diesem Jahr eröffnet sich die Chance der qualitätsorientierten Neuausrichtung der Ziel- und Leistungsvereinbarungen bis 2020. Landesregierung und Koalitionsfraktionen sind sich einig, dass die Hochschulpaktmittel, aber auch die zusätzlichen

Mittel des Studierenden-BAföG, den Hochschulen vollständig zugute kommen werden. Zugleich werden wir sicherstellen, dass etwa Betreuungsangebote für Studiengänge mit hohen Abbrecherquoten und die Karriereperspektiven für Frauen in der Wissenschaft über ein Kaskadenmodell verbessert werden. Wesentliche Fortschritte wollen wir auch im Bereich eines inklusiven und familienfreundlichen Studiums erzielen sowie beim Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsformen, etwa bei Lehrbeauftragten, studentischen Beschäftigten, Befristungen und unfreiwilliger Teilzeit.

Zudem müssen wir unsere Hochschulen breiter aufstellen und für mehr Menschen im Sinne lebenslangen Lernens öffnen. Hier stärken wir die Internationalisierung und den Zugang von Menschen ohne Abitur. Mithilfe dieses Rahmens kann die Qualität und Attraktivität der Hochschulen weiter erhöht werden. Die Koalitionsfraktionen werden die Landesregierung auf diesem Weg unterstützend begleiten.“ ■